

Osnabrücker Friedensinitiative OFRI
c/o Thomas Müller
Voxtruper Str. 69
49082 Osnabrück
th.mueller@osnanet.de



Osnabrücker Friedensinitiative OFRI begrüßt die Rechtskraft des UN-Vertrags zum weltweiten Verbot von Atomwaffen

Der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen tritt am 22. Januar 2021 endgültig in Kraft, nachdem der 50. Staat ihn ratifiziert und die Urkunde bei der UN hinterlegt hat (1). Die Osnabrücker Friedensinitiative OFRI beglückwünscht die Unterzeichnerstaaten und gratuliert den zivilgesellschaftlichen Initiatoren zu diesem Erfolg.

Vor mehr als 3 Jahren haben sich 122 Staaten in der UN-Generalversammlung für den Atomwaffenverbotsvertrag ausgesprochen. Mittlerweile haben ihn 86 Staaten unterzeichnet und davon bereits 51 Staaten ratifiziert (2). Für diese Staaten ist der Vertrag somit ab jetzt völkerrechtlich bindend.

Der Vertrag geht auf eine weltweite zivilgesellschaftliche Initiative von ICAN zurück (3). Deren Initiative wurde von "kleinen" Staaten als UN-Mitglieder in einen Prozess zur Aushandlung des endgültigen UN-Vertrages zur Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen eingebracht. Der ausgehandelte Vertrag verbietet die Entwicklung und Produktion, den Test, Erwerb, Transport, die Lagerung und Stationierung sowie die Drohung mit und den Einsatz von Atomwaffen jeglicher Art.

Hintergrund für diesen Ablauf war die weltweite immer mehr zunehmende Unzufriedenheit großer Teile der Menschheit und einer Vielzahl von Staaten mit den regelmäßig alle 5 Jahre stattfindenden und zunehmend erfolglosen Überprüfungskonferenzen nach dem Atomwaffensperrvertrag (NVV) (4). Das zentrale Arrangement des NVV war seitens der atomwaffenfreien Staaten ihre Bereitschaft, auf Atomwaffen zu verzichten und seitens der Atomwaffenstaaten die Verpflichtung abzurüsten. Abrüstung hieß nicht nur zu reduzieren, sondern ernsthaft eine Entwaffnung anzustreben. Die Atomwaffenstaaten sind ihren Abrüstungsverpflichtungen bisher nicht nachgekommen und es sind keine Schritte bezüglich ernsthafter und umfassender Abrüstungsbemühungen dieser Staaten zu sehen.

Neben den Atomwaffenmächten hat sich auch Deutschland in hochgradig peinlicher und völlig inakzeptabler Weise gegen die UN-Verhandlungen zu dem Atomwaffenverbotsvertrag gestellt. Zusammen haben sie sich den Verhandlungen verweigert und letztlich auch gegen den Vertrag gestimmt. Erstmals hat Deutschland gezielt gegen einen Vertrag zur Begrenzung von Massenvernichtungswaffen agiert - im Schulterschluss bzw. im Rahmen einer Nato-Absprache mit den westlichen Atommächten. Trotzdem ist dieser Atomwaffenverbotsvertrag 2017 in der UN beschlossen worden und die Initiatoren (ICAN) haben 2017 den Friedensnobelpreis erhalten.

Auf Grund dieser Verweigerungshaltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Atomwaffenverbotsvertrag gibt es mittlerweile mehr als 540 Abgeordnete aus deutschen Landesparlamenten, dem Bundestag sowie deutsche EU-Parlamentsabgeordnete, die die "ICAN-Erklärung für Abgeordnete" unterzeichnet haben (5). In der Erklärung heißt es: "Als Abgeordnete geloben wir, auf die Unterzeichnung und die Ratifizierung dieses bahnbrechenden Vertrages durch unsere jeweiligen Staaten hinzuwirken, da wir die Abschaffung von Atomwaffen als hohes, globales öffentliches Gut begreifen und als einen wesentlichen Schritt zur Förderung der Sicherheit und des Wohls aller Völker." Aus dem Raum Osnabrück hatten Frau F.

Polat (MdB, Bündnis 90/Grüne) und Herr T. Wölken (MdEP, SPD) diese Erklärung in den vergangenen Jahren bereits unterschrieben.

Im Herbst 2020, 75 Jahre nach den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki, an denen bis heute mehr als 200.000 Menschen gestorben sind, haben Osnabrücker Friedensorganisationen nicht nur eine große Plakataktion in der Stadt durchgeführt, sondern auch eine neue Initiative gestartet. Mit Verweis auf das weltweite Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe haben sie alle weiteren Abgeordnete für den Landkreis und die Friedensstadt Osnabrück im Niedersächsischen Landtag und im Bundestag angeschrieben, sich der ICAN-Erklärung für Abgeordnete anzuschließen und sich damit für eine Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages einzusetzen. Der gerade in den Landtag nachgerückte Abgeordnete Herr V. Bajus (Bündnis90/Grüne) hat sich umgehend der Erklärung angeschlossen.

Von 13 weiteren angeschriebenen Abgeordneten unserer Region haben 2 Abgeordnete der SPD ablehnend geantwortet und darauf verwiesen, dass u.a. die Atommächte nicht an den Verhandlungen teilgenommen hätten und dass es sinnvoller sei, mit diesen Staaten über direkte Abrüstungsschritte zu sprechen, bzw., dass die Bundesrepublik mit Unterzeichnung des Vertrages ihren Einfluss auf die atomare Strategie der Nato aus der Hand geben würde und dass eine Unterzeichnung gemeinsam mit den europäischen Partnerländern der Nato geschehen müsste. Die anderen Vertreter*Innen von Landkreis und Friedensstadt Osnabrück hatten es - auch bei Nachfrage - noch nicht einmal für notwendig erachtet, auf dieses Anliegen überhaupt zu reagieren.

Den vergleichbaren ICAN-Städteappell haben mittlerweile 108 Städten der BRD, darunter die niedersächsischen Städten Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Göttingen sowie die Friedensstadt Münster unterzeichnet. Weiterhin haben sich 4 Bundesländer und 5 Landkreise bzw. Regionen ebenfalls hinter den Appell gestellt (6).

"Atombomben sind Massenvernichtungswaffen und gehören weltweit verboten, wie chemische und biologische Kampfstoffe!" so Thomas Müller von der Osnabrücker Friedensinitiative. Aber auch in Deutschland, im rheinland-pfälzischen Büchel lagern immer noch 20 US-amerikanische Atombomben, jede mit der 10-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Diese Bomben sollen jetzt teuer modernisiert und technisch verfeinert werden. Für diese Bomben stellt die Bundeswehr Piloten und deutsche Bundeswehr-Tornados zur Verfügung. Diese Tornados sind mittlerweile veraltet und sollen im Rahmen milliardenschwerer Anschaffungen durch neue F-18 Jagdbomber ersetzt werden. Nicht nur in einer Zeit der weltweiten multiplen Krisen, der Klimakrise, der Corona-Krise und der zunehmenden sozialen Ungleichheit, sondern grundsätzlich können wir uns solche Geldverschwendung nicht leisten, stellt die OFRI klar. Weiter weist er darauf hin, dass jeder, auch ein vermeintlich begrenzter Atomwaffeneinsatz - egal wo - zigtausende bis hunderttausende von Toten bedeutet, somit ein Menschheitsverbrechen wäre und ein Desaster für das weltweite Klima und die Umwelt auslösen würde.

Die Forderung der Osnabrücker Friedensinitiative lautet daher, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag endlich beitreten muss. Die Friedensstadt Osnabrück und die Abgeordneten aus der Stadt und dem Landkreis Osnabrück sollen sich offensiv und deutlich hierfür einsetzen, sich für eine Abrüstung aller Atomwaffen jetzt engagieren und nicht auf ferne Zukunft hoffen.

(1) Atomwaffenverbotsvertrag von 2017, treaty on the prohibition of nuclear weapons

(2) Stand 13.1.2021, <https://www.icanw.de/grunde-fur-ein-verbot/offizielle-positionen/>

(3) ICAN: International Campaign to Abolish Nuclear weapons, mit mehr als 500 Organisationen in 103 Ländern

(4) Nichtverbreitungsvertrag NVV von 1970, erst befristet und seit 1995 unbefristet

(5) <https://www.icanw.de/abgeordnetenerklaerung/>

(6) <https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>